

und schließlich die Bürokratisierung des Verteidigungsausschusses und der Arbeitskreise der Fraktion verstärkt wird.

Die Beziehungen zwischen dem Verteidigungsausschuß und den außerparlamentarischen Gremien (Exekutive und Verbände) ergeben ein enges Kommunikationsverhältnis zwischen den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses aus der Regierungskoalition und der Exekutive, die wiederum Adressat der Interessengruppen ist. Dem steht eine mangelhafte Institutionalisierung der Kontakte zwischen Exekutive und Opposition gegenüber.

In einer zusammenfassenden Gegenüberstellung der Funktion des Bundestages und seiner tatsächlichen Leistungen kommt Heribert Schatz zu der Feststellung, daß der 4. Deutsche Bundestag die Beratung der Grundlagen der deutschen Verteidigungspolitik, die Ausarbeitung von Initiativen, die Kontrolle der inneren Entwicklung der Bundeswehr, der Beschaffungs- und Haushaltspolitik des Verteidigungsministeriums und die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundeswehr, Bevölkerung und Bundestag zugunsten einer Formalisierung von Vollzugsentscheidungen vernachlässigt hat. Die SPD als parlamentarische Opposition ließ sich in einer Weise, die ihrer Funktion widersprach, in diesen Prozeß hineinziehen.

Die Studie von Heribert Schatz besticht durch den relativ strengen Modellcharakter des Bezugsrahmens, mit dessen Hilfe der verteidigungspolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß im 4. Deutschen Bundestag analysiert wurde. Die vorgelegten Ergebnisse über die Funktion des Verteidigungsausschusses im Parlament und im politischen System der BRD mit den darin angelegten Kommunikationsprozessen haben jedoch wegen der unvollständigen empirischen Befunde nur einen beschränkten Generalisierungsgrad und Aussagewert, wobei dieser Mangel weniger dem Verfasser als der »Interviewmüdigkeit« der Abgeordneten anzulasten ist. Kurt Schmitz

Wolfgang Steiner, SPD-Parteitage 1964 und 1966, Analyse und Vergleich (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 15), Verlag A. Hain, Meisenheim am Glan 1970, 92 S., kart., 11,30 DM.

Für Steiner sind Diskussions- und Kampfparteitage, auf denen die Delegierten an politischen Richtungsentscheidungen teilnehmen, mit dem Geschlossenheitsbedürfnis politischer Kampfverbände vereinbar und eine notwendige Voraussetzung für größere innerparteiliche Lebendigkeit auf der mittleren und unteren Organisationsebene.

Gemessen an diesem Parteitagsideal des Autors ist das empirische Material, das er zur Karlsruher (1964) und Dortmunder (1966) Tagung vorlegt, einigermaßen ernüchternd. Diskussion und Diskussionsklima wurden in »demokratie-widriger Weise« (der Rez.) weitgehend »von oben« beherrscht. Vom Verfasser gewählte Indikatoren zeigen jeweils nur einen geringen Entwicklungsstand innerparteilicher Demokratie.

Freilich ist das Bild, das der Verfasser ermittelt, nicht ganz so düster, wie es anhand seiner Indikatoren scheinen will. (a. Verhältnis: Anträge »von oben« – Anträge »von unten«; b. Zahl der vom PV abweichenden Anträge; c. Zahl der angenommenen Anträge »von unten«; d. Zahl der gegen den PV angenommenen Anträge und Anträge, die zu Kompromißformeln führen.) Entziehen sich doch diesen alle im Vorfeld eines Parteitags fallenden »Parteientscheidungen«, so daß potentielle und reale innerparteilich-demokratische Prozesse übersehen werden. (So etwa die präventive Berücksichtigung von Anträgen der unteren Gliederungen durch den PV.) Der ent-

scheidende Mangel der Arbeit liegt darin, daß die Parteitagsebene nicht durchgehend mit anderen Ebenen der innerparteilichen Ordnung in bezug gesetzt, nicht in einem System innerparteilicher Beziehungen gesehen wird. Für künftige Untersuchungen bleibt die Aufgabe, weitere und aufschlußreichere Indikatoren innerparteilicher Demokratie zu entwickeln.

Klaus Günther

Klaus von Beyme, Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland (= Piper Sozialwissenschaft. Texte und Studien zur Politologie und Soziologie, Bd. 1), Verlag R. Piper, München 1971, 244 S., Pb., 16,80 DM.

Die Elitenforschung in der Bundesrepublik kann auf zahlreiche Arbeiten aus den Forschungsgruppen von Stammer, Ludz und Wildenmann verweisen. Die vorliegende Studie ging aus einer Untersuchung hervor, die der Autor und seine Mitarbeiter mit Unterstützung des Planungsstabes im Bundeskanzleramt unternahmen. Sie steht im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Reform der Regierungs- und Verwaltungsstruktur in der Bundesrepublik. Die politische Rekrutierung in der BRD am Beispiel der Positionen der Minister und der Staatssekretäre ist der engere Gegenstand der Arbeit. Zur Ergänzung der Ergebnisse, wie bei sehr allgemeinen Background-Variablen, wurden auch Fraktions- und Parteivorsitzende herangezogen. Zur Erfassung des zeitlichen Elementes politischer Karrieren griff man außerdem ausschnittartig auf die Karrieren einzelner Parlamentarier zurück (S. 11). Um möglichst vergleichbare Daten aus den drei konstitutionellen deutschen Regimen zu bekommen, wurden die Reichstage von 1907 und 1928 und der Bundestag von 1965 ausgewählt (S. 11).

Der Autor untersucht die Karrieremuster deutscher Staatssekretäre und Minister unter 5 Gesichtspunkten, die von den sozialen Daten der Inhaber von politischen Führungspositionen über Bildung und Beruf, den politischen Aufstieg bis zum Selbstverständnis und dem Ansehen der Politiker reichen. Die Ergebnisse der Arbeit, gemessen an der Fragestellung und an den dazu benutzten Methoden und Techniken, sind sehr eindrucksvoll und tragen zur Versachlichung der Diskussion über Entwicklung und Karrieremuster westdeutscher Exekutivträger bei.

Die kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Elitenforschung erhöht den Wert der Arbeit und liefert damit gleichzeitig einen Beitrag zur Weiterentwicklung dieses jungen Zweiges der Sozialwissenschaften. Der Hinweis auf die beschränkte Aussagekraft solcher Studien und deren Ergänzung, vor allem durch die Verbands- und Parteienforschung, zeigt die kritische Position des Autors gegenüber Karrierestudien, die vornehmlich auf Informationen des »Who's - who - Typs« (S. 17) basieren.

Die vorliegende Arbeit stellt einen instruktiven Beitrag zum Problem der politischen Rekrutierung in der Bundesrepublik dar und ist in seiner leicht lesbaren und doch problembewußten Analyse für eine erste Orientierung über die Elitenforschung sehr gut geeignet.

Kurt Schmitz

Klaus von Beyme, Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa, Verlag R. Piper, München 1970, 1012 S., Leinen in Schuber, 125 DM.

Die vergleichende Lehre von den Regierungssystemen als junger Zweig der Politikwissenschaft bleibt mit ihren Fragestellungen noch vorwiegend im institutionellen Bereich stecken, indem sie in monographischen Darstellungen die politischen Insti-